19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Dr. Hugh Bronson (AfD)**

vom 18. August 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 19. August 2025)

zum Thema:

Flüchtlingsrat Berlin e.V.

und **Antwort** vom 1. September 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 1. September 2025)

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/23603
vom 18. August 2025
über Flüchtlingsrat Berlin e.V.

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Abgeordneten: Der Flüchtlingsrat Berlin e.V. sieht sich als „ein ‚Gegenüber‘ von Politik und Behörden“ und streitet für den „Abbau staatlicher Diskriminierungen“. Der Flüchtlingsrat Berlin setzt sich für „Schutzsuchende“ und deren „Zugang zu Wohnungen“ ein, ebenso „für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes, für Bleiberechts- und Legalisierungsregelungen für geduldete und illegalisierte Menschen, für die EU-weite Freizügigkeit für Geflüchtete, für die Abschaffung der DUBLIN-III-Verordnung, der Drittstaaten-Regelung und der ‚sicheren Herkunftsstaaten‘-Regelung“.¹ Zudem dürfe sich Berlin nicht an der Einführung der Bezahlkarte beteiligen – in Berlin gebe „es keinen Platz für Stigmatisierung und Entrechtung geflüchteter Menschen!“²

1. In welcher Form und seit wann arbeitet der Senat mit dem Flüchtlingsrat Berlin zusammen?

Zu 1.: Der Flüchtlingsrat Berlin ist ein eingetragener Verein, der mit Organisationen, Beratungsstellen, Flüchtlingsselbsthilfegruppen, Initiativen und engagierten Einzelpersonen zusammenarbeitet. Der Flüchtlingsrat setzt sich dabei in seiner Arbeit als

¹ Flüchtlingsrat Berlin – Menschenrechte kennen keine Grenzen, <https://fluechtlingsrat-berlin.de/>

² WEACT: Die Petitionsplattform von Campact, <https://weact.campact.de/petitions/nein-zur-bezahlkarte-ja-zur-gleichberechtigten-teilhabe-aller-menschen>

Interessenvertretung Geflüchteter mit dem Berliner Senat, mit Behörden, Verbänden, Parteien und Politiker*innen auseinander.

In diesem Verhältnis erfolgt ein Austausch in verschiedenen Gremien, zum Beispiel dem Landesbeirat für Partizipation entsprechend § 17 PartMigG oder dem Beirat für Migration.

2. „Der Flüchtlingsrat wird finanziell unterstützt vom Europäischen Förderfonds AMIF ...“
Was ist dem Senat über diese Unterstützung bekannt?

Zu 2.: Der Flüchtlingsrat verweist auf seiner Internetseite auf ein AMIF gefördertes Projekt zur Orientierung, Aufklärung und Erstberatung für Geflüchtete und zur Verbesserung ihrer Aufnahme Standards im Land Berlin. Es handelt sich bei dem Projekt „Stärkung der Standards und Strukturen im Asylverfahren und in der Aufnahme von Schutzsuchenden“ um eine Kooperation des Flüchtlingsrats mit dem Projektträger KommMit e. V. /BBZ (Projektlaufzeit 01.12.2022 bis 30.11.2025). Das BAMF hat die Zuwendung mit Mitteln des AMIF bewilligt und das Land Berlin kofinanziert das Projekt mit Landesmitteln aus dem Kapitel 1120.

3. „Unser Projekt ‚Härtefallberatung schafft Aufenthaltsperspektiven‘ wird kofinanziert durch die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration.“³

Wie sieht diese Finanzierung aus? Wie sieht der Kontakt zwischen dem Flüchtlingsrat Berlin und der Beauftragten aus? Was konnte geklärt und erreicht werden?

Zu 3.: Die Berliner Härtefallkommission arbeitet auf Grundlage der Verordnung über die Einrichtung einer Härtefallkommission nach § 23a des Aufenthaltsgesetzes (Härtefallkommissionsverordnung – HFKV). Der Flüchtlingsrat ist nach § 2 Nr. 5 der HFKV Mitglied der Härtefallkommission. Die Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration ist nach § 2 Nr. 1 der HFKV Mitglied der Härtefallkommission. Die Arbeit in der Härtefallkommission erfolgt im Rahmen des gesetzlichen Auftrags nach § 23a AufenthG. Der Flüchtlingsrat erhält für die Umsetzung der gesetzlichen Aufgabe eine Zuwendung.

4. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit des Bezirks Treptow-Köpenick mit dem Flüchtlingsrat Berlin?⁴

Zu 4.: Zwischen dem Bezirksamt Treptow-Köpenick und dem Flüchtlingsrat Berlin e.V. findet keine direkte Zusammenarbeit statt.

5. Wie gestaltet sich die jeweilige Zusammenarbeit der übrigen Bezirke mit dem Flüchtlingsrat Berlin?

Zu 5.: Hierzu berichten die Bezirke wie folgt:

Charlottenburg-Wilmersdorf	Das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf pflegt derzeit keine aktive Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Berlin.
----------------------------	---

³ <https://fluechtlingsrat-berlin.de/>

⁴ Flüchtlingsrat Berlin e.V., Bezirksamt Treptow-Köpenick: Die Arbeit des Flüchtlingsrat Berlin e.V., <https://www.berlin.de/ba-treptow-koepenick/ueber-den-bezirk/willkommen/berlin/artikel.901477.php>

Friedrichshain-Kreuzberg	Keine Zusammenarbeit benannt.
Lichtenberg	Es existiert keine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen dem Bezirksamt Lichtenberg und dem Flüchtlingsrat Berlin.
Marzahn-Hellersdorf	Zwischen dem Partizipationsbüro Marzahn-Hellersdorf und dem Flüchtlingsrat Berlin gibt/gab es bisher keine Zusammenarbeit.
Mitte	Die Zusammenarbeit des Büros für Partizipation und Integration im Bezirksamt Mitte mit dem Flüchtlingsrat Berlin erfolgt im Wesentlichen durch die Verweisberatung von Einzelfällen, je nach thematischem Schwerpunkt.
Neukölln	Die Koordinierungsstelle für Flucht und Zuwanderung des BA Neuköllns hat keine formale Kooperation mit dem Flüchtlingsrat. Es erfolgt in Einzelfällen eine Weitervermittlung/ Verweis an den Flüchtlingsrat und zu bestimmten Themen, also Anlass bezogen, findet ein Austausch statt. Der Flüchtlingsrat Berlin wird von der Koordinierungsstelle als wichtiger Akteur in der Flüchtlingshilfe wahrgenommen.
Pankow	Es gab und gibt keine Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat, daher Fehlmeldung. Allerdings nimmt das Integrationsbüro themenbezogen an Treffen teil.
Reinickendorf	Keine Zusammenarbeit benannt.
Spandau	Die Stabsstelle Integration im Bezirksamt Spandau beobachtet die Arbeit Flüchtlingsrates insbesondere in Bezug auf die Kommentierung der Umsetzung neuer Verwaltungsverfahren, um einen zusätzlichen Einblick in die Perspektive der Betroffenen zu erhalten und um mögliche Probleme bei der Umsetzung neuer Verfahren aufzunehmen.
Steglitz-Zehlendorf	Eine direkte Zusammenarbeit im Sinne gemeinsamer Projekte, Veranstaltungen o.Ä. gibt es (bisher/aktuell) nicht. Sollte dies weiter gefasst werden, ist der Flüchtlingsrat ein Netzwerkpartner des Integrationsbüros im Rahmen der Arbeit mit und für Geflüchtete, z.B. wird punktuell auf Veröffentlichungen oder Angebote des Flüchtlingsrates verwiesen und punktuell am öffentlichen Plenum teilgenommen.
Tempelhof-Schöneberg	Dem Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg ist keine Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Berlin e.V. bekannt.

6. Die Petitionsplattform von Campact sei „gestartet von Flüchtlingsrat Berlin“. Man müsse gegenüber dem Senat „Druck machen“, mehr noch: „Der Berliner Senat muss das Vorhaben aufgeben“. Der Flüchtlingsrat

Berlin wirft dem Senat „rechtspopulistische Meinungsmache“ vor. Der Senat verstoße mit der Einführung der Bezahlkarte außerdem gegen das Landesantidiskriminierungsgesetz. Der Flüchtlingsrat Berlin droht daher, rechtlich gegen den Senat vorgehen zu wollen.⁵

Wie schätzt der Senat die Forderungen des Flüchtlingsrates Berlin ein?

Zu 6.: Bei der Einführung der Bezahlkarte wird der Senat die verfassungsrechtlich garantierten Rechte von Geflüchteten und Pflichten, die der Gewährleistung eines menschenwürdigen und diskriminierungsfrei gewährten Existenzminimums dienen, achten. Aus Sicht des Senats ist ein kartengestütztes Leistungssystem aber grundsätzlich rechtmäßig umsetzbar, wenn das LADG eingehalten wird und benachteiligende Restriktionen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wahren. Die genaue Ausgestaltung der Bezahlkarte im Land Berlin ist derzeit noch Gegenstand von Beratungen und Planungsprozessen.

Berlin, den 01. September 2025

In Vertretung

Max L a n d e r o

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung

⁵ WEACT: Die Petitionsplattform von Campact, <https://weact.campact.de/petitions/nein-zur-bezahlkarte-ja-zur-gleichberechtigten-teilhabe-aller-menschen>